

Profil und Brückenschläge – beides ist nötig

Die Diskurse über Selbsthilfe im Gesundheits- und Sozialbereich

Gegenwärtig gibt es in Deutschland zwei bedeutende gesellschaftliche und politische Thematisierungslinien der Selbsthilfe und der Selbsthilfe-Unterstützung: zum einen die Diskussion zur Umsetzung der Selbsthilfeförderung im Gesundheitsbereich (SGB V) und in der Rehabilitation (SGB IX) und zum anderen die Erörterung von Selbsthilfe, Ehrenamt und Freiwilligenarbeit in der Gesellschaft und im Sozialbereich, wie sie durch das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 und die Arbeit der Enquêtekommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ erfolgt.

Beide „Linien“ bieten große Zukunftschancen für die Selbsthilfe. Dies gilt auch für die Einrichtung bzw. Absicherung der Unterstützung und Beratung von bestehenden Gruppen und Interessierten durch Selbsthilfekontaktstellen. Diese Chancen sind mit den Stichworten „Stärkung der Selbsthilfe“ und „Patient/innenbeteiligung“ einerseits und „Stärkung des Bürger/innenengagements“ und „demokratische Beteiligung“ umrissen.

Allerdings: Die beiden Linien verlaufen parallel zueinander, und nicht immer ist eine konstruktive Verbindung gegeben. Hierzu braucht es im politischen und gesellschaftlichen Diskurs Brückenschläge, aber auch Profil.

Spricht man von Chancen, soll man Risiken nicht verschweigen: Damit meine ich nicht solche, die mit der bestehenden Krise der öffentlichen Finanzen und der sozialen Sicherung oder mit den Grenzen wirtschaftlichen Wachstums, sprich: mit dem Mangel an Erwerbsarbeitsplätzen verbunden sind. Die Risiken sind durchaus spezifischer; sie ergeben sich aus der Systemlogik der Diskurse: „Gesundheitsbereich“ hier und „Sozialbereich“ dort.

Die sozialgesetzliche Aufwertung der Selbsthilfe und der Patient/innenbeteiligung im Gesundheitsdiskurs enthält auch eine durchaus gewollte Einbindung ins Gesundheitssystem (Einbezug von Erfahrungen aus der Betroffenenkompetenz; „Dritte Bank“). Damit sind zugleich aber auch Risiken einer „Verfachlichung“ und einer betroffenenfernen Einpassung in bürokratische Formen einer Stellvertretungsdemokratie gegeben.

Im sozialen / gesellschaftspolitischen Diskurs wiederum, der die Stärkung der Zivilgesellschaft und des sozialen und gesellschaftlichen Mit-Tuns von Bürger/innen vorantreibt, entsteht für die Selbsthilfe ein Profilierungs- bzw. Identitätsproblem. Durch das durchaus sinnvolle – weil dadurch politisch gewichtigere – Zusammenführen mit den benachbarten Tätigkeitsformen „Freiwilligenarbeit“ und „Ehrenamt“ unter

einer Begrifflichkeit „Bürger/innenengagement“ und in *einem* sozialpolitischen Handlungs- und Förderkontext wird das *Spezifische der Selbsthilfe* nicht mehr so recht deutlich. Dieses *Spezifische* besteht in der Verbindung von direkter eigener Betroffenheit und solidarischem Engagement für andere. Aus ihrem Tun in der Gruppe Gleichbetroffener erwarten die in der Selbsthilfe engagierten Menschen primär einen *Nutzen und Effekte für sich selbst* – und erst dann, aber genau dann, richten sie ihren Blick auf andere Betroffene, übernehmen sie Verantwortung über die Gruppe hinaus für die Lösung von Problemen in der gesundheitlichen / sozialen Versorgung, im Gemeinwesen und in der Gesellschaft. Das Risiko besteht darin, daß sich aus dem Ringen um Ressourcen und Fördermitteln eine Konzeptmodulation in Richtung „Freiwilligenarbeit“ und „Ehrenamt“ ergibt. Verändern sich dadurch das Selbstverständnis und das eigene Tun?

Aus dem Blick geraten können ebenfalls selbsthilfe-*angemessene* Unterstützungs- und Förderstrategien. So wird im Fahrtwind eines modischen Synergiebegriffs (bei begrenzten Ressourcen) vorgetragen oder empfohlen, die Unterstützung von Ehrenamtlichen, Freiwilligen und Selbsthilfegruppen zu *einem* fachlichen und institutionellen Angebot zu bündeln. Das Risiko: Die fachlich ausgewiesene und erfolgreiche „Hilfe zur Selbsthilfe“, das besondere *demokratische Arbeitsbündnis* von Professionellen und Betroffenen in „Selbsthilfekontaktstellen“ wird in Frage gestellt (wo im „Gesundheitsdiskurs“ diese Einrichtungen durch die gesetzliche Förderverpflichtung gerade bekräftigt wurden). Dies wäre schon ein befremdlicher Effekt des Sozialdiskurses, denn die engagierte Orientierung von Professionellen auf die Organisations- und Handlungsfähigkeit von selbsttätigen und eigenverantwortlichen Gruppen ist eben auch ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

Wolfgang Thiel

(Einführender Beitrag für das Themenheft „Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft“, NAKOS-EXTRA 31, Berlin, Dez. 2001, S. 6-7)